



UPDATE: TÄTER IST KOSOVARE

NRW: Brutaler Doppelmord am Bahnhof Iserlohn

Von JOHANNES DANIELS | Deutschland wird sich drastisch verändern, insbesondere seine ehemals sicheren Innenstädte und Bahnhöfe. Eine brutale Bluttat am Samstagnachmittag forderte am Iserlohner Bahnhof zwei Opfer: Eine 32-jährige Frau und ein 23-jähriger Mann, beide aus Bergisch-Gladbach, wurden ermordet. Die beiden Opfer hatten ein zwei Monate altes Mädchen in einem Kinderwagen bei sich, das die Tat überlebte – der Täter übersah das Kleinkind in seinem Mordwahn. Die Polizei geht bei dem Doppelmord von einem „Beziehungsstreit“ aus. Der 43-jährige Täter kommt nach Polizeiangaben „ebenfalls aus Bergisch-Gladbach“, teilte die Polizei Iserlohn am Abend mit, ohne aus „Ermittlungsgründen“ weitere Angaben zu machen.

Die Messer-Fachkraft lauerte um 14.20 Uhr seinen beiden Opfern auf und setzte in der Nähe von Gleis 2 zu seiner tödlichen Attacke an. Während die Frau im Parkhaus ermordet wurde, lag die Leiche des männlichen Opfers auf dem Bahnsteig von Gleis 2 nahe der dortigen Fahrradboxen – völlig geschockte Augenzeugen aus einem ankommenden Zug wurden von Beamten vom Tatort eskortiert. Der Doppelmord ereignete sich am helllichten Tag vor zahlreichen Zeugen, darunter einer deutschen Hochzeitsgesellschaft, die aus der Obersten Stadtkirche kam

und ihre Wagen aus dem Parkhaus holen wollte.

Staatsanwalt Nils Warmbold, 37: „Bei dem sichergestellten Messer handelt es sich um ein Küchenmesser“. Als die Einsatzkräfte am Tatort eintrafen, kämpfte eines der beiden Opfer noch um sein Leben. „Die Person wird derzeit von Rettungskräften reanimiert“, erklärte der Polizeisprecher noch, kurz darauf jedoch wurde auch dieses Opfer für tot erklärt.

Über 20 traumatisierte Augenzeugen – Notfallseelsorge in VHS

Polizei und Rettungsdienst waren mit einem Großaufgebot vor Ort. Der Bereich um den Iserlohner Bahnhof wurde weiträumig abgesperrt. In den Räumen der Volkshochschule im Bahnhofsgebäude richteten Rettungskräfte eine Notfallseelsorge ein, um rund 20 traumatisierte Augenzeugen zu betreuen. Die Polizei bittet nun weitere Zeugen aus der Innenstadt, sich zu melden. Das Angebot der psychologischen Betreuung bleibe bestehen, erklärte ein Polizeisprecher. Eine Mordkommission der Kriminalpolizei aus Hagen hat die Ermittlungen übernommen. „Der Bahnhof liegt recht zentral und zur Tatzeit war viel Publikumsverkehr unterwegs“, so der Polizeisprecher.

„Wenn Ihr selbst betroffen wart oder was gesehen habt: Wir kümmern uns mit der Feuerwehr“, schrieb die Polizei auf Twitter (Originalzitat übernommen in mittelgutem Deutsch).

Augenzeugen berichteten, Passanten hätten den mutmaßlichen Täter umringt, unternahmen „wegen des Messers“ aber wohl keinen Versuch, ihn zu überwältigen. Ein Busfahrer und mehrere Taxifahrer warnten Unbeteiligte am Zentralen Omnibusbahnhof neben den Gleisen mit einem Hupkonzert vor der Gefahrenlage, auch die Schreie von Passanten waren weithin hörbar. Nach der Tat soll sich der Täter auf den Boden gesetzt und gewartet (oder gebetet) haben. Einige Zeugen berichten, er habe intensiv mit seinem Handy telefoniert – wohl mit seinem steuerfinanzierten Anwalt. Unter den Passanten befand sich

auch ein Notarzt in zivil, der Erste Hilfe leistete, für die Opfer jedoch nichts mehr tun konnte. Die Leiche des Mannes und eine größere Blutlache waren sogar von der Alexanderstraße aus zu sehen.

„Der Tatverdächtige sei völlig unverletzt geblieben“, erklärte die Polizei, wohl auch zur Erleichterung Renate Künasts (Grüne – Fragen ?!!!!), denn Deutschland braucht jedes Talent. Der 43-Jährige befindet sich derzeit in Hagen in Polizeigewahrsam und soll am Sonntag einem Haftrichter zur Haftprüfung vorgeführt werden. Zur Nationalität der Beteiligten wollte die Polizei bislang keine Angaben machen. In welcher Beziehung Täter und Opfer genau zueinander standen, wird derzeit ermittelt.

Die Resettlement-freundliche WeLT schreibt euphemistisch:

„Eine Frau und ein Mann sterben am Bahnhof in Iserlohn“.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, CSU, hat kurz vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland bei vielen eingereisten Migranten plötzlich „ein erhöhtes Gewaltpotential“ entdeckt: „Jetzt kommen unübersehbar Menschen aus anderen Kulturkreisen zu uns, in deren Heimat die Gewaltlosigkeit, wie wir sie pflegen, noch nicht so selbstverständlich ist“, erklärte Herrmann: „Man muss das ganz deutlich aussprechen: Da kommen Leute zu uns, die sehr viel schneller Konflikte mit Gewalt austragen.“ Ausgerechnet Seppl Drehhofers Sancho Panza Herrmann warnte davor, das Thema zu verschweigen. Mit jedem, der neu ins Land komme, könnten auch „zusätzliche Risiken in unser Land kommen“, erklärte der gescheiterte „Sicherheits-Politiker“ scheinheilig.

Viele Deutsche verstehen nur noch „Bahnhof“...

UPDATE 18.8., 15 Uhr: Beim Tatverdächtigen handelt es sich um den Ehemann des 32-jährigen kosovarisch-stämmigen Opfers. Die Eheleute lebten in Trennung. Beim 23-jährigen afghanisch-stämmigen Opfer soll es sich um den neuen Lebensgefährten der

Toten handeln. Die Getötete war zur Tatzeit in Iserlohn wohnhaft. Warum es zum Zusammentreffen am Bahnhof kam ist Gegenstand der Ermittlungen. (Quelle)



Ungarn stemmt sich gegen Zensur

Von CHEVROLET | Für alle Links-Grünen in der EU, von Angela Merkel bis Jean-Claude Juncker, ist Ungarn ein großes Feindbild geworden, seit sich Ministerpräsident Viktor Orbán offen gegen die Entscheidungen aus Berlin stellt, die formal aus Brüssel verkündet werden. Ob es die Aufnahme von „Flüchtlingen“ ist, die Betonung patriotischer Werte oder eine Politik, die die Familie als Kern der Gesellschaft versteht – all das kommt im linken Lager gar nicht gut an. Und dann noch Ungarns nicht unerhebliche Rolle in der Visegrad-Gruppe der EU-kritischen Staaten Ungarn, Slowakei, Tschechien und Polen, die diese EU, so korrupt und links-grün sie ist, einfach nicht wollen und ihren Völkern nicht zumuten wollen.

Und da ist man in Berlin/Brüssel schnell bei der Hand, Ungarn zu verteufeln und – wie auch bei den „bösen“ Polen – Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite zu entdecken, auch dadurch, dass Orbán einst die Soros-kontrollierte Central European University aus seinem Land warf, weil die subversiv gegen Ungarn vorging. Die breite Zustimmung in der Bevölkerung

gibt ihm jedenfalls recht.

Ungarns Justizministerin Judit Varga setzt nun zum Gegenschlag gegen die Ungarn feindlich gesonnenen EU-Länder an. Sie kündigte, sinnigerweise auf ihrer Facebookseite, an, sie werde eine Untersuchung zur Zensur sozialer Medien in Ungarn und dem übrigen Europa einleiten.

„Eigentlich wäre es die Aufgabe der sozialen Medien, gesellschaftliche Prozesse und Wahlen nicht selbst aktiv zu beeinflussen, stattdessen werden Kommentare auf ideologischer Basis zensiert. Und wenn das einmal gemacht worden ist, sollten diese sozialen Medien entsprechende Regelungen auf demokratischer Basis akzeptieren“, so Varga.

Dass das in Europa bitter nötig ist, zeigen die Schritte der westeuropäischen Regierungen. In Frankreich kündigte die Macron-Regierung an, Suchmaschinen wie Google dazu zu zwingen, „Hassrede“ („hate speech“) wegzuzensieren. In Deutschland bietet sich ja bekanntermaßen ein gleiches Bild, das eher an Nordkorea erinnert als an Demokratie. Der Artikel 5 des Grundgesetzes über freie Rede und den Ausschluss von Zensur ist zum Beispiel bei Facebook längst außer Kraft gesetzt, denn dort werden nicht regierungskonforme Meinungen aus dem patriotischen Lager massiv zensiert. Der regierungsamtliche Trick sieht so aus, dass den sozialen Medien Strafen von bis zu 50 Millionen Euro drohen, wenn „Hassrede“ nicht wegzensiert wird. Was Hassrede ist, wird dann selbst festgelegt oder durch linke Einrichtungen beschlossen.

Da ist also auch in Deutschland viel zu tun für die ungarische Justizministerin.



Petr Bystron über Migrantengewalt und die totale Volksferne der SPD

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron kommentiert einen der größten Aufreger der vergangenen Woche, als die brandenburgische SPD-Politikerin Elfriede Handrick via ZDF erstaunlich offen erklärte, dass man nicht immer die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen müsse, da sie diese auch gar nicht verstehe (PI-NEWS berichtete). Und selbst wenn die Bürger Sorgen hätten, dann würden sie noch lange nicht das Recht haben, mit „Heil Hitler“ durch die Straßen zu laufen.

Damit habe sie laut Bystron in einem Statement gleich zwei Beispiele von völlig verfehlten Einstellungen geliefert, wie sie bei SPD-Politikern häufig vorkämen: Die völlige Abgehobenheit und Entfernung vom Volk sowie die Abwertung aller Bürger, die sich Sorgen über die sich rasant verschlimmernden Zustände in unserem Land machten, als „Nazis“.

Bystron zeigt in seinem Videokommentar anhand vieler Beispiele auf, was immer mehr Bürger beunruhigt. Es sind erschreckende Aufnahmen der zunehmenden Migranten-Gewalt auf den Straßen, bei der häufig Einheimische unbeteiligt zu Opfern werden. Immer brutaler, immer schockierender, immer grund- und wahlloser.

Der Youtube-Journalist Oliver Flesch hat diese Szenen in das Video hineingeschnitten und auf seinem Kanal veröffentlicht. Petr Bystron bittet die zeitweilige suboptimale Tonqualität zu entschuldigen, aber er nahm seinen Kommentar spontan im Urlaub auf, kurz nachdem dieses Statement der SPD-Politikern im ZDF ausgestrahlt wurde, und hatte in dem Moment nur sein Smart Phone ohne Ansteck-Mikrofon bei sich.

Aber wichtig ist die Botschaft. Hunderttausende Menschen aus einem fremden und feindselig eingestellten „Kultur“- und „Religions“-Kreis sind in unser Land eingedrungen und zeigen immer öfter, was in ihren Köpfen tickt. Und die Gewalttaten, die wir in den vergangenen vier Jahren erlebt haben, dürften nur ein kleiner Vorgeschmack dessen sein, was noch auf uns zukommt.

Für Tichys Einblick ist die völlig realitätsfremde Haltung dieser Elfriede Handrick, die immerhin Schatzmeisterin im Vorstand des brandenburgischen Ortsverbandes Wustermark ist, typisch für den Niedergang der SPD:

So wird die SPD zum Sinnbild dafür, wie ein starres Weltbild und Ideologie nicht nur Herz und Verstand ausschalten, sondern offenbar auch den (politischen) Selbsterhaltungstrieb. So könnte ihr Ableben zumindest noch einen Sinn haben – als abstoßendes Beispiel für anderen Parteien, allen voran der CDU. Die leidet zwar weniger an Ideologien, aber umso mehr am Hinterherhecheln hinter dem von Ideologen bestimmten rotgrünen Zeitgeist und Realitäts-Verweigerung. Auch wenn die Hoffnung gering ist – vielleicht führt der Suizid der SPD ja doch noch zu einem Umdenken bei der Union auf ihrem Weg in den Abgrund.

Man kann nur hoffen, dass das „Traumduo“ Stegner – Schwan als Parteivorsitzende gewählt wird. Das würde den Sterbevorgang dieser völlig überflüssig gewordenen Partei nicht unnötig hinauszögern.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



Der Mord, die Familie und die Öffentlichkeit

Von WOLFGANG HÜBNER | Mord ist nie eine Privatangelegenheit. Nicht für den Täter, der in extremster Weise das Gesetz

gebrochen hat und dafür öffentlich zur Verantwortung gezogen werden muss. Und auch nicht für das Opfer, dessen gewaltsamer Tod von öffentlichem Interesse ist und auch öffentliche Anteilnahme finden kann. Darin unterscheidet sich dieser gewaltsame Tod eines Menschen von all den natürlichen Todesfällen, die in der Regel im Bereich von privater Anteilnahme und Interesse bleiben.

Diese Feststellungen sind notwendig für die kontroverse Diskussion, ob es richtig oder schädlich ist, die Identität des im Frankfurter Hauptbahnhof vor einen Zug gestoßenen und getöteten Jungen öffentlich zu machen. Dabei ist anzumerken, dass es eine solche Diskussion noch vor zehn Jahren überhaupt nicht gegeben hätte. Damals wäre die Identität und das Gesicht des Kindes in den meisten Medien problemlos bekannt gemacht worden. Und es hätte damals keine Diskussion darüber gegeben, ob damit die Gefühle und das Leid der betroffenen Familie in unerträglicher Weise verletzt oder nicht respektiert würden.

Doch seit damals hat sich Deutschland in einen Gesinnungsstaat mit immer mehr totalitären Tendenzen verwandelt. In diesem Gesinnungsstaat ist die Befürchtung des herrschenden politisch-medialen Komplexes, der grausame Mord im Hauptbahnhof könne politisch von „Rechten“ instrumentalisiert und genutzt werden, weit größer, als der Schock über die Tat selbst. Wäre das anders, nämlich umgekehrt, wüsste die Öffentlichkeit schon längst, welchen Vornamen der tote Junge hat. Inzwischen ist dieser Name im Internet bekannt geworden, auch der Familienname und der Wohnort.

Wurde nun bislang mit diesen Informationen Schindluder getrieben? Hat dieses Wissen die Trauer der Familie gestört? Verändert der Vorname die politische Lage in Deutschland? Natürlich nicht. Nichts davon trifft zu. Aber genau solche „Befürchtungen“ werden vorgeschoben, um die weitere Namenlosigkeit des toten Kindes zu begründen. Selbstverständlich ist es absolut geboten, in dieser schweren Zeit der Trauer und der Verzweiflung über diesen

Schicksalsschlag die Familie auch nicht mit den besten und lautersten Absichten in irgendeiner Weise zu behelligen. Diese Intimsphäre der unmittelbar Betroffenen muss respektiert werden. Doch wie will jemand ernsthaft behaupten, der Vorname des Opfers könnte dabei ein Störfaktor sein?

Nein, der Störfaktor ist das verkrampte und deshalb so viel Misstrauen erweckende Verschweigen von drei Buchstaben, also dem Vornamen des Jungen. So verständlich der Wunsch der Eltern ist, einstweilen nicht mit Namen und Adresse in der Öffentlichkeit bekannt zu sein, so unverständlich ist es, dass eine Tat, wie es sie in dieser abgründigen Brutalität noch nie in der jüngeren Kriminalgeschichte gegeben hat, wie auf Anweisung einer Zensurbehörde vernebelt wird. Denn wie anders kann es bezeichnet werden, wenn selbst die drei Buchstaben des keineswegs ungebräuchlichen Vornamens so lange wie möglich unbekannt bleiben sollen?

Und erinnert das nicht an die behördliche Geheimnistuerei um die Opfer des islamischen Terroranschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt? Es muss sich geradezu der Verdacht verfestigen, dass es nicht so sehr die unter ungeheurem Schock stehende Familie des ermordeten Jungen war, die selbst seinen Vornamen nicht veröffentlicht sehen wollte, sondern diejenigen, die bei Opfern rechtsextremer Täter, wie jüngst im hessischen Wächtersbach, ganz schnell mit einem Opfernamen bei der Hand sind. Diese Kräfte im politisch-medialen Komplex haben offenbar genug Macht, faktisch eine Zensur zu veranlassen.

Denn niemand wird ernsthaft glauben können, nur aus Rücksicht auf die Eltern oder plötzliche Rechercheunfähigkeit aller Journalisten habe dazu geführt, dass keine einzige Zeitung, kein einziges anderes Medium nicht ganz schnell die Identität des Jungen in Erfahrung gebracht und das auch veröffentlicht hätte. Vielmehr spricht alles für eine informelle Verabredung zum Schweigen. Nichts allerdings könnte die Existenz und Praxis des Gesinnungsstaates besser beweisen. Noch kann er

wegen der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten im Internet unterlaufen, ja sogar bekämpft werden.

Doch der deutsche Gesinnungsstaat wird alles daran setzen, das mehr und mehr unmöglich zu machen. Im konkreten Fall kann er aber nicht mehr verhindern, unsere Trauer um ein ermordetes Kind endlich mit einem Namen zu verbinden, der nicht vergessen werden darf und um ein ganzes Leben gebracht wurde.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.



Der „schwarze Kanal“ kommt zurück

Von MANFRED ROUHS | Marx, Engels und Lenin sind tot. Karl-Eduard von Schnitzler ist ebenfalls tot. Aber mit den Kommunisten ist es ansonsten so wie mit den Monster-Dinos im „Jurassic Park“: Etwas hat überlebt.

Dieses Etwas ist das SED-Jugendorgan „Junge Welt“, das wöchentlich von der „Verlag 8. Mai GmbH“ in der Zentral-Berliner Torstraße herausgegeben wird und seinen Lesern nicht nur eine kuschelige Retrospektive auf die „gute alte Zeit“ der DDR vermittelt, sondern als „Waffe im Klassenkampf“ auch immer wieder tagespolitische Themen tiefrot ausleuchtet. Diese dinosaurieraltlinke „Junge Welt“ will jetzt Karl-Eduard von Schnitzlers „Schwarzen Kanal“ wiederbeleben – zunächst als monatliche Beilage ihrer Druckausgabe, ab Oktober aber auch wieder im Format bewegter und vertonter Bilder in Gestalt eines Videokanals.

Auferstanden zum 70. Jahrestag der DDR-Gründung

Schnitzlers Witwe Márta Rafael hat der „Verlag 8. Mai GmbH“ gestattet, den „Schwarzen Kanal“ neu aufzulegen. Daraus ist zwar bislang lediglich ein Platzhalter auf Youtube geworden. Aber am 7. Oktober soll es anlässlich einer Veranstaltung der „Jungen Welt“ zum 70. Jahrestag der DDR-Gründung mit der ersten Folge des „Schwarzen Kanals“ im neuen Format nach 29jähriger Pause wieder losgehen.

Der Wochentag, ein Montag, passt: Das Original wurde von 1960 bis 1989 genau 1519 mal immer montags gesendet. Linientreue SED-Mitläufer taten stets gut daran, der Sendung zu folgen, um Woche für Woche die jeweils aktuelle Richtschnur der Partei zu erfassen und der Gefahr vorzubeugen, womöglich selbst Westfernsehen schauen zu müssen, um sich ein eigenes Bild vom

Klassenfeind zu machen.

Ein neuer „Sudel-Ede“

Der DDR-Liedermacher Rolf Biermann bedachte von Schnitzler einst mit dem Spitznamen „Sudel-Ede“. Wer sein Nachfolger, wer also der moderne „Sudel-Ede“ wird, ist noch nicht öffentlich verlautbart worden. Fest steht: Egon Krenz gehört nicht zu den Kandidaten. Der frühere Führer der DDR-Jugend feiert in wenigen Monaten seinen 83. Geburtstag und ist mit Signierstunden für seine Bücher terminlich ausgelastet.



Kramp-Karrenbauer erwägt Parteiausschluss von Maaßen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die CDU-Chefin und frischgebackene Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer lässt ihre Maske fallen und zeigt, wie sehr sie nach links und damit auch ihre Partei dorthin gerückt ist. So erwägt sie allen Ernstes ein Parteiausschlussverfahren gegen den früheren Verfassungsschutzchef und Mitglied der CDU-Werteunion Hans-Georg Maaßen. Gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe äußerte sie, dass sie bei ihm „keine Haltung“ sehe, die ihn mit der CDU noch wirklich verbinde.

Kramp-Karrenbauer sei als ehemalige Landesinnenministerin des Saarlands auch froh, dass Herr Maaßen keine Verantwortung mehr

für den deutschen Verfassungsschutz habe. Die CDU sei eine Partei, die von einer „gemeinsamen bürgerlich-konservativen Haltung“ (!) getragen werde. Eine Politik unter dem Deckmantel der CDU zu machen, die den politischen Gegner vor allem in den eigenen Reihen sehe, werde dieser Haltung nicht gerecht.

Hans-Georg Maaßen reagierte äußerst gelassen auf diesen Vorstoß von Kramp-Karrenbauer. Es sei ihm ein Rätsel, wer ihr dazu geraten habe, solche Gedankenspiele zu formulieren. Es gebe in der Tat hohe Hürden für einen Parteiausschluss und er hätte im Leben nicht gedacht, dass diese Hürden ihn einmal schützen müssten. Einem Parteiausschlussverfahren sehe er gelassen entgegen.

Damit ist Maaßen in einer vergleichbaren Situation wie Thilo Sarrazin in der SPD. Mit dieser Aktion hat Kramp-Karrenbauer auch ein deutliches Signal an die letzten rechtskonservativen Wähler im Osten Deutschlands geschickt, die tatsächlich noch überlegten, ihr Kreuz bei der CDU zu setzen – diese Partei ist für sie absolut unwählbar geworden. Maaßen hatte in den vergangenen Wochen mit einigen Vorträgen und Wahlkampfauftritten in Sachsen noch versucht, für eine Richtungskorrektur in der CDU zu werben. Dieses Vorhaben dürfte damit definitiv gescheitert sein.

Maaßen wies auch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Nicht er habe sich von den Positionen seiner Partei entfernt, sondern die CDU sei unter der früheren Parteivorsitzenden Angela Merkel „weit nach links gerückt“. Die CDU sei früher, im Gegensatz zu den dogmatischen Parteien des linken Spektrums, immer eine Partei der Vielfalt gewesen. Vom AKK-Vorstoß zeigt er sich überrascht:

„Dass AKK mit dieser Tradition brechen will, glaube ich nicht. Es würde mich sehr enttäuschen, denn ich hatte immer Hochachtung vor ihr.“

Doch, sie wird. Im Spiegel ist zu lesen, wie links AKK tickt,

indem sie die rechtskonservative Tea Party-Bewegung in den USA verurteilt, die auch ihren Anteil zum Wahlerfolg von Donald Trump beitrug:

Auf die Frage, ob sie Maaßen und der ultrakonservativen WerteUnion mit ihren Aussagen die gelbe Karte zeige, sagte Kramp-Karrenbauer: „Die Tea-Party-Bewegung in den USA hat die Republikaner ausgehöhlt und radikalisiert. Das wird die CDU, das werde ich als Vorsitzende, nicht zulassen. Es ist das gute Recht jedes Mitglieds, seine Meinung zu äußern. Der Versuch aber, eine gänzlich andere Partei zu schaffen, stößt auf meinen allerhärtesten Widerstand.“

AKK hat mit diesem absurden Vorhaben auch klargemacht, dass die CDU im Osten zu einer großen Links-Koalition bereit ist. Einen größeren Gefallen kann sie der AfD gar nicht tun als diese politische Amokfahrt gegen den gesunden Menschenverstand, den Hans-Georg-Maaßen in jeder Zelle seines Körpers verinnerlicht hat. Sollte dieses Ausschlussverfahren wirklich in Gang gesetzt werden, wovon nach dieser Ankündigung eigentlich auszugehen ist, und anschließend womöglich auch zum Erfolg führen, dann dürfte Maaßen wissen, welche Partei in Deutschland seiner politischen Grundauffassung noch entspricht.

Spannend wird sein, ob die verbliebenen rechtskonservativen Politiker in der CDU weiter feige und opportunistisch ihren Mund zu diesem verheerenden Linkskurs halten, oder ob sich jetzt ein Aufstand der letzten Anständigen anbahnt. Einer der Wenigen, der sich dies traut, ist Alexander Mitsch:

Der Vorsitzende der Werte-Union, Alexander Mitsch, sagte der Deutschen Presse-Agentur, ein Parteiausschlussverfahren wäre nicht nur unbegründet, sondern würde der CDU auch massiv schaden. „Herr Maaßen steht für die Hoffnung vieler Bürger und Unionsmitglieder auf die notwendige Politikwende, insbesondere für mehr innere Sicherheit.“

Man darf auf die nächsten Umfragen zu den Wahlen im Osten gespannt sein..



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



Das Abendland verteidigen – „Renovatio Europae“

Masseneinwanderung, Werteverfall, Gender Mainstreaming, Radikalisierung, Parallelgesellschaften, Parteienkartelle, gesellschaftliche Polarisierung, Schuldenberge – wohin man auch blickt: Europa verfällt vor unseren Augen.

Aber das zu konstatieren reicht ja nicht aus, sagen einige Autoren rund um den deutsch-belgischen Forscher David Engels in ihrem Band „Renovatio Europae“. Man muss wissen, was man eigentlich verteidigen will! Man muss wissen, wieso man das „Eigene“ bewahren möchte. Man muss wissen, was das „Eigene“ ist. Und man muss wissen, wieso man ebendieses „Eigene“ dem vorzieht, was sich derzeit abspielt.

Selbstverständlich: Man kann sagen, es passt einem halt nicht. Aber das ist zu billig. Die konservative, freiheitliche Sphäre muss endlich wieder Konzepte anbieten, die dem grünen Wahn und dem roten Irrsinn Fundamente entgegenstellt.

An diese Aufgabe machen sich im vorliegenden Band herausragende Köpfe der freiheitsliebenden Opposition. Ein paar Beispiele gefällig?

Max Otte beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit einer Renaissance des europäischen Wirtschaftsmodells. Er schafft das, was vielen in und um die AfD bisher nicht so gelingen mag. Wege jenseits sozialistischer Fallen und neoliberaler Sackgassen. Das heißt: Wege des freien Marktes, rückgebunden an Zusammengehörigkeit des Volkes und die freie Entwicklung der Kräfte ohne Feudal-Kapitalherren! Der Beitrag ist sicherlich einer der Höhepunkte des Bandes und zeigt, wie konservative Wirtschaftsauffassung aussehen kann.



„Renovatio Europae“ – das neue Buch von David Engels.

Ebenfalls herausragend ist Birgit Kelle. Ihr Text schildert die europäische Familie zwischen Avantgarde und Tradition. Es ist deshalb so wichtig, dass Kelle hier fundierte Konzepte vorlegt, weil es eben daran oft mangelt. Man ist gegen Gender Mainstreaming und Frühsexualisierung, natürlich, aber wie soll eine moderne konservative Familie aussehen? Kelle zeigt eine Option!

Der dritte Beitrag, der stellvertretend für zehn weitere (!) zu nennen ist, stammt vom Herausgeber David Engels selbst. Nun wird es brisant. So viel sei verraten: Engels will die Schwarz/Weiß-Malerei in Bezug auf die EU und Europa nicht hinnehmen. Für ihn gibt es mehr als nur „Brüssel“ oder aber das Comeback des alten Nationalstaates. Er will neue Wege ausprobieren und entfaltet seine Konzeption eines neuen Europas! Das Schöne bei dieser „Utopie“: Als Historiker und Universalgelehrter ist Engels doch am Boden geblieben. Das bloße Spekulieren überlässt er den Linken und überzeugt mit Realitätssinn und Praxisnähe.

Bestellinformationen:

» David Engels: „Renovatio Europae“ – hier bestellen



Garmisch-Partenkirchen: Südländer vergewaltigt US- Touristin im Taxi

Von MAX THOMA | In der Nacht auf Dienstag wurde in Garmisch-Partenkirchen eine 24-jährige Touristin aus den USA brutal von einem Taxifahrer vergewaltigt. Die 24-Jährige war nach einem gemütlichen Bierzeltbesuch in Garmisch am späten Montagabend alleine in ein Großraum-Taxi gestiegen, heißt es in einer Meldung der Polizei Oberbayern Süd vom Freitag. Die gut gelaunte junge Dame wollte sich vom Garmischer Marienplatz in ihr Hotel fahren lassen und genoß das nächtliche Panorama einer der schönsten Städte Europas. Im Ortsteil Burgrain stoppte der Taxifahrer dann plötzlich sein Fahrzeug und vergewaltigte sein ahnungsloses Opfer, das dabei auch körperlich verletzt wurde.

Die 24-Jährige konnte danach in einem nahegelegenen Wohnhaus um Hilfe rufen. Nun sucht die Kripo nach der neudeutschen Taxi-Vergewaltigungs-Fachkraft und ist dabei auf Hinweise von Zeugen angewiesen: Die junge Frau hielt sich kurz vor dem Einsteigen in das Taxi für ein paar Minuten in dem Lokal Shaka-Burger auf und trug dabei ein grünes Dirndl mit weißer

Schürze – was der Taxi-Täter als Freibrief zu seiner Sexual-Attacke verstand. Hätte sich die US-Lady nur „haram“ verschleiert wie tausende andere Garmisch-Touristinnen in lauen Sommernächten oder den konkreten Hinweise ihres Präsidenten über die medial konzertiert vertuschte Migrantenkriminalität in Deutschland Glauben geschenkt.

Der Triebtäter-Taxler wird im Polizeibericht wie folgt beschrieben: ca. Ende 20 Jahre alt, südländischer Typ, normale Statur, sehr kurze braune Haare, brauner Drei-Tage-Bart, trug weißes T-Shirt und blaue Jeans. Hinweise nimmt die Kripo Garmisch-Partenkirchen unter 08821-9170 oder jede andere Polizeidienststelle entgegen. Gesucht wird auch eine mehrköpfige Personengruppe, die sich in dieser Nacht in diesem Großraum-Taxi nach Wallgau fahren ließ.

Die Süddeutsche fahndet und fälscht Polizei-Bericht:

Auch Heribert Prantls „Lügdeutsche Zeitung“ möchte zur Aufdeckung der Tat mit einem Täterprofil beitragen, für das sie zuvor den Polizeibericht wie immer politisch korrekt „etwas korrigiert“ hat:

„Taxifahrer vergewaltigt junge Frau

In der Nacht auf Dienstag war eine 24-Jährige im Taxi auf dem Heimweg. Wie die Polizei mitteilt, stoppte der Fahrer im Ortsteil Burgrain und vergewaltigte die Frau im Wagen [...]. Die Tat geschah in der Nacht von Montag auf Dienstag zwischen 23 Uhr und 0.30 Uhr. Der Tatverdächtige soll Ende 20 gewesen sein und ein weißes T-Shirt und Jeans getragen haben“.

Anmerkung: Die meisten Taxifahrer in Garmisch tragen im Sommer ein weißes T-Shirt und Jeans.

Trump: „Wenn man keine Grenzen hat, hat man kein Land“

Neben der chinesischen Regierung hatte auch die USA seit 2016 aufgrund vieler „Verwerfungen“ eine explizite Reisewarnung für

ihre Bürger ins Urvolkungs-selige Europa ausgegeben: Vor allem die Hochsaison im Sommer stelle eine Gefahr dar, US-Bürger sollten vor allem bei größeren Veranstaltungen und Festivitäten aufmerksam sein.

Im Juni letzten Jahres warf US-Präsident Donald Trump den deutschen Mainstream-Medien und Behörden „eine Unterschlagung von Daten zur Flüchtlingskriminalität“ vor. „Die Kriminalität in Deutschland hat um zehn Prozent zugenommen und die Behörden wollen diese Verbrechen nicht melden, seit Migranten akzeptiert wurden“, schrieb Trump auf Twitter. Trump betonte: „In anderen Ländern ist es noch schlimmer. Sei klug, Amerika!“

In einem weiteren Tweet fügte er hinzu: „Wenn man keine Grenzen hat, hat man kein Land!“ Bundeskanzlerin Angela Merkel wies auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Emmanuel Macron die Aussagen von Trump zurück, dass die Kriminalität in Deutschland gestiegen sei. Die kürzlich vorgelegte polizeiliche Kriminalstatistik weise „leicht positive Entwicklungen“ auf, erklärte Merkel dem US-Präsidenten. Die Kriminalstatistik „spricht für sich“, betonte Merkel energisch – damit hat sie sogar ausnahmsweise einmal recht.

Die Herrschaft Merkels ist trotzdem die Herrschaft der Lüge und der importierten Gewalt – die Auswirkungen kann man vom ehemals bezaubernden Garmisch bis in die Vereinigten Staaten drastisch spüren, insbesondere als unverschleierte junge Frau.

(PI-NEWS Autor Max Thoma lebte wie sein Urgroßonkel, der bayerische Schriftsteller Ludwig Thoma, lange Zeit im Landkreis Garmisch-Partenkirchen)



NRW-Luftkurort Horn: Roma gegen Türken

Von EUGEN PRINZ | Gehen wir mal einige Jahre in der Zeit zurück: Ein junges Ehepaar möchte sich ein neues Fernsehgerät kaufen. Internetfähig soll es sein, mit ordentlicher Diagonale und allen Schikanen. Die beiden gehen in der Innenstadt zu einem niedergelassenen Händler, lassen sich eine gute Stunde lang beraten und fragen dem Verkäufer ein Loch in den Bauch, bis sie schließlich das Gerät gefunden haben, das ihren Bedürfnissen entspricht. Dann kommt der Satz: „Am besten wir überschlafen das nochmal.“

In diesem Moment weiß der Verkäufer, dass die beiden nach Hause gehen und den Fernseher bei Amazon kaufen, wo er 100 Euro billiger ist. Das selbe spielt sich im Sportgeschäft nebenan ab, wo ein Marathonläufer gerade das siebte Paar Laufschuhe anprobiert und endlich die passende Marke und Größe gefunden hat. Die „runners“ werden allerdings nicht im Geschäft, sondern auf Ebay gekauft, Kostenersparnis: 30 Euro.

Parallel dazu weist die Stadtverwaltung im Zentrum wieder einige neue Parkverbote aus, man will ja eine verkehrsberuhigte Innenstadt. Die bekommt man dann auch, denn als logische Folge des ganzen gehen die niedergelassenen Händler Pleite und die Mieter ziehen aus, weil ihnen die tägliche Suche nach einem Parkplatz zu lästig wird.

Leerstehende Innenstadthäuser gefundenes Fressen für dubiose

Geschäftsleute

Zehn Jahre später bestehen dann die deutschen Innenstädte aus Straßencafés, Handyshops, Ein-Euro-Ramsch-Läden, einem Drogeriemarkt und jeder Menge leer stehender, vor sich hin gammelnder Häuser. Im Schaufenster des einen oder anderen traurigen Gebäudes findet sich dann ein Plakat auf dem steht:

„Innenstadthaus sucht neue Ideen; Tel: ...“

In Horn, einem Stadtteil von Horn-Bad Meinberg im Nordosten von Nordrhein-Westfalen am Rande des Teutoburger Waldes, fand sich dann auch tatsächlich eine neue Idee für einen Teil der 42 verwaisten Innenstadthäuser. Zwölf der denkmalgeschützten Fachwerkhäuser wurden von „Geschäftsleuten“, teils mit türkischem Migrationshintergrund, ersteigert. Statt die Gebäude zu renovieren, wurden sie so, wie sie waren, an Großfamilien aus Bulgarien und Rumänien vermietet. Diese Mieter gehören größtenteils einer ethnischen Minderheit an, die früher in Deutschland politisch inkorrekt als „Zigeuner“ bezeichnet wurde. Heute sagt man höflich „Roma“ zu diesem ordnungsliebenden Völkchen.

Dreihundert davon leben mittlerweile in der Innenstadt von Horn. Ihre Gewohnheiten haben die meisten beim Umzug nach Deutschland nicht abgelegt. Unter Mülltrennung verstehen sie, dass man sich vom Müll trennt, indem man ihn auf die Straße wirft. Auch sonst sind viele davon nicht unbedingt ein Zugewinn für unser Land: Ausgestattet mit Miet- und teilweise gefälschten Arbeitsverträgen schlagen sie nach Ablauf der gesetzlichen Frist von drei Monaten als Anspruchsberechtigte beim Jobcenter auf, melden sich arbeitslos und kassieren Stütze.

BILD berichtete als erstes über die traurigen Zustände im schönen Luftkurort Horn mit seinen 7000 Einwohnern. Aus dem Artikel erfährt man, dass eine siebenköpfige Roma-Familie zusätzlich zur Miete im Monat 2000 Euro Stütze einstreicht. In

Bulgarien, wo die guten Leute herkommen, liegt der monatliche Durchschnittsverdienst bei 440 Euro. Ermöglicht wird den Roma das süße Leben auf Kosten der deutschen Steuerzahler durch die in der EU geltende Rechtslage. Sie sehen, liebe Leser, die offenen Grenzen sind nicht das einzige Übel, das uns dieser Verein einbringt.

Lärm, Vermüllung und Prostitution

Anscheinend geben sich manche der Roma nicht damit zufrieden, in Ruhe die süßen Früchte des deutschen Wohlfahrtsstaates zu genießen und dabei den Ball flach zu halten. Wie es scheint, ist eine extrovertierte Lebensführung angesagt, denn die „Ureinwohner“ von Horn klagen über Lärm, Vermüllung und wilde Prostitution.

Auch bei der Stadtverwaltung ist inzwischen Panik ausgebrochen. Stadtkämmerer Ingo Barz hat sich in einem Brandbrief an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Vandalen, Armin Laschet gewendet, diesen nach Horn herzlich eingeladen und um Hilfe gebeten. Barz gegenüber der BILD:

„Das kann eine kleine Kommune wie wir nicht schaffen.“

Hintergrund des Hilferufes ist auch, dass es inzwischen starke Spannungen zwischen den Roma und ihren türkischen Nachbarn gibt. Kürzlich kam es zu einer Massenschlägerei zwischen den beiden Ethnien. Schönes neues Deutschland.

Kein Wunder, dass bei der nächsten Gemeinderatssitzung statt der üblichen 30 Zuschauer sage und schreibe 300 Bürger anwesend waren, die ihrem Ärger Luft machten. Damit waren wohl alle indigenen Deutschen Horns im Rathaus versammelt. Was den letzten alten Deutschen zudem Kopfschmerzen bereitet, ist die Tatsache, dass im Ortskern noch weitere dreißig leer stehende Häuser zum Verkauf angeboten werden. Was ist, wenn dort ebenfalls diese Klientel einzieht? Dabei brauchen sich die Bürger von Horn nicht zu beklagen: In Duisburg leben 20.000

davon. Aber gut, Duisburg ist ja auch größer.

Task Force oder Flyer?

Nun wird darüber nachgedacht, eine Art Task Force, bestehend aus Jugend-, Gesundheits- und Ordnungsamt sowie Zoll und Polizei, ins Leben zu rufen. Bis es soweit ist – falls es überhaupt dazu kommt – will man Flyer in bulgarischer Sprache mit einer „Dorfordnung“ drucken, die über die Müllentsorgung, Ruhezeiten und das allgemeine Miteinander aufklären.

Ein wahrhaft genialer Plan.

Übrigens: Das Wahlergebnis für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 lag in Horn-Bad Meinberg um 3% unter dem Bundesdurchschnitt.

Gewählt – geliefert!

Also: Nicht jammern.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich,

*entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder
Twitter.*